

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.-Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72203

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mt. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Flucht aus Genf

Schluß der „Abrüstungs“-Tagung

Genf, 24. März.

Die vorbereitende Abrüstungskommission hat heute nachmittag ihre Tagung mit der Annahme einer allgemeinen Entschließung abgeschlossen, in der festgestellt wird, daß die überwiegende Mehrheit der Delegierten den sowjetrussischen Antrag auf allgemeine, sofortige und vollständige Abrüstung als Basis der Abrüstungsverhandlungen ablehnt. Der Vorschlag der deutschen Delegation auf Veröffentlichung des Rüstungsstandes der Mitgliedstaaten, sowie die eingereichten neuen russischen Vorschläge werden nach der Entschließung den Regierungen zur Prüfung überwiesen; sie sollen auf der nächsten Tagung zur Erörterung gelangen. Die Einberufung der Abrüstungskommission zur nächsten Tagung, auf der die zweite Lesung des englisch-französischen Konventionsentwurfs stattfinden soll, wird auf Wunsch der amerikanischen Regierung ohne Festsetzung eines Zeitpunktes dem Präsidenten überlassen. Die Kommission drückt jedoch in der Entschließung den Wunsch nach einem möglichst baldigen Zusammentritt noch vor der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes im September aus.

Eine Abstimmung über die Entschließung fand wie üblich nicht statt. Graf Bernstorff und Litwinow erklärten jedoch, auf Grund ihrer Ausführungen in den letzten Tagen die Entschließung ablehnen zu müssen. Mit einer kurzen Ansprache des Präsidenten wurde darauf die Tagung geschlossen.

Deutschlands Rüstungsregierung erklärt

SPD Genf, 24. März.

Graf Bernstorff gab nach der Annahme der Vertragsauflösung unter größter Spannung eine Erklärung ab, in der er an die lange Geschichte der Abrüstungsarbeit des Völkerbundes erinnert und bedauert, daß sich die Kommission in scharfem Gegensatz zu ihrem früheren einstimmigen Beschluß der zweiten Lesung gesetzt habe. Das bedeute keinen Fortschritt, sondern einen Leerlauf der Arbeit. Die im Versailler Vertrag niedergelegten Verpflichtungen verlangten gebieterisch die allgemeine Abrüstung. Nicht Deutschland habe die Völkerbundsatzung und die Friedensverträge entworfen. Beide seien aber jetzt unterzeichnet und feierlich ratifiziert und müßten deshalb auch ausgeführt werden. Das hätten die Organe des Völkerbundes wiederholt anerkannt. Leider

seien alle diese Mahnungen vergeblich geblieben, und das Arbeits-tempo der Kommission zeige einen besorgniserregenden Mangel an Schwung. Wie lange die deutsche Regierung diese Unfruchtbarkeit der Kommissionsarbeiten mit ansehen werde, stehe dahin. Angesichts des Scheiterns der wiederum ergebnislosen Tagung müsse Deutschland Veranlassung an die Völkerbundsversammlung im Herbst einlegen.

Litwinow stellte dagegen mit schlichtem Bedauern fest, daß die Kommission sowohl mit der ohne Widerspruch entgegengenommenen politischen Auslegung des Völkerbundsvertrages wie mit ihrer eigenen Resolution feststehe, daß der Völkerbundsvertrag keine vollständige Abrüstung zulasse und man als Anhänger der absoluten Entwaffnung also am besten dem Völkerbunde fernbleibe. Trotzdem werde Rußland als Nichtmitglied wie bisher jede Gelegenheit ergreifen, um an der Abrüstungsarbeit teilzunehmen. Die schwere Verantwortung für die Erfolglosigkeit der bisherigen Arbeit lastete jedoch die Mehrheit der Kommission.

Aus der Genfer Abrüstungskommission



„Und ich sage Ihnen, meine Herren, als begeisterter Anhänger des Friedens: Wenn wir den Krieg abschaffen wollen, müssen wir zuvor die Rüstungen beschränken, und hierzu müssen wir als erstes die allgemeine Unsicherheit beseitigen, die nur verschwindet, wenn zuvor die Rüstungen beschränkt werden, was nur nach Abschaffung des Krieges geschehen kann!“

sich seine Nachbarn zu beunruhigen hätten. Es gebe auch niemand in Frankreich, der nicht begreife, daß ganz Europa, Sieger, Besiegte und Neutrale, das gleiche Bedürfnis nach Ruhe hätte, um die Ruinen, die der Krieg hinterlassen habe, wieder aufzubauen.

Landesratswahlen im Saargebiet

Im Saarbrücken, 26. März.

Das Wahlergebnis der am Sonntag abgehaltenen Landesratswahlen im Saargebiet zeigt gegenüber der Wahl vom 27. Januar 1924 keine grundlegende Veränderung. Vorauszusehen ist, daß die letzten Wahlen ausschließlich unter Parteien erfolgten, die grundsätzlich deutsch gesinnt sind, und für schnelle Rückkehr des Saargebietes zum Reich einstehen.

Die bei den vorigen Wahlen aufgetretene Separatisten-gruppe des Saarlandes, die damals annähernd 7000 Stimmen auf sich vereinigte, ist diesmal völlig verschwunden. Die Wahlen sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur am Vorabend der Wahl erfolgten im Anschluß an die deutschnationale Wahlversammlung in Saarbrücken kleinere Aufrührungen auf den Straßen, wobei jugendliche Kampfphäne einander ins Gehege kamen und es auch blutige Köpfe gab.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis:

	Stimmen		Mandate	
	1928	1922	1928	1922
Zentrumspartei	128 336	(108 211)	15	(14)
Kommunisten	46 407	(40 234)	5	(5)
Sozialdemokraten	43 411	(48 627)	4	(6)
Deutsche-Saarländer Volkspartei (Vereinigte Liberale und Demokratische Volkspartei)	26 228	(37 591)	3	(4)
Deutschnationale (kandidiert zum ersten Male)	10 496	(—)	1	(—)
Deutsche Wirtschaftspartei (früher: Haus- u. Grundbesitz)	9 148	(10 390)	1	(1)
Christl.-Soz. Partei d. Saargeb. (kandidiert zum ersten Male)	9 302	(—)	1	(—)
Deutsche Demokratische Partei des Saargebietes (kandidiert zum ersten Male)	3 900	(—)	—	(—)

Die Wahlbeteiligung war mit ungefähr 65 Prozent der vorigen Wahl entsprechend. Auffällig war die relativ starke Anzahl der ungültigen Stimmzettel.

Ende des Bürgerblocks?

Die Klassenfronten in der Republik

1-1- Als der Bürgerblock noch nicht endgültig zum politischen Sein als Regierungsmehrheit erwacht war, als noch Regierungen der „Mitte“ den politischen Kurs in der deutschen Republik bestimmten, schien das entscheidende Problem proletarischer Politik das zu sein, ob, wie Genosse Hilsberg das in einem programmatischen Aufsatz in der „Gesellschaft“ (Oktoberheft 1926) formulierte, „der Versuch möglich ist, die Regierung der Deutschnationalen zu verhindern... den Preis zu sichern, der die schwere Verantwortung des Regierungseintritts (der Sozialdemokratie) rechtfertigt und ihn den arbeitenden Massen als richtig erscheinen ließe“. Offenkundig war für jeden, der taktisch-politische Fragen aus dem Gesichtspunkt der Machtverhältnisse der Klassen beurteilt, daß der Preis der Regierungsbeteiligung überhaupt nur dann diskutabel sein konnte, wenn nicht allein die Teilnahme der Deutschnationalen als einer politischen Partei an der Regierung hätte verhindert, sondern auch der soziale Einfluß der hinter ihr stehenden Gesellschaftsschicht, des Großgrundbesitzes, hätte geschmälert werden können. Inbes: jeder Versuch, die Deutschnationalen von der Regierung fernzuhalten, glückte nicht. Der Bürgerblock wurde zur Welt gebracht, und er erwies sich recht bald als das Produkt nicht etwa bloß einer parlamentarischen Vereinbarung, sondern einer leider nur zu realen sozialen und wirtschaftlichen Gruppierung der gesellschaftlichen Klassenkräfte. Der Bürgerblock als der Ausdruck eines in den Tiefen der Wirtschaft zusammengeschweißten sozialen Blockes des gesamten Bürgertums: das war die beherrschende soziale und politische Tatsache, mit der man rechnen mußte.

Daß die Deutschnationalen ihren Gegensatz zu den herrschenden kapitalistischen Schichten begründen, daß sie sich zur Außenpolitik der „Erfüllung“ bekennen, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinnehmen und die Durchführung der Locarno-Politik übernehmen, daß sie ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen die republikanische Staatsform aufgaben und ihre Minister den Eid auf die Verfassung der Republik ablegen ließen, mußte einen tieferen geschichtlichen Sinn haben. Und in der Tat hatte sich in der wirtschaftlichen Verwurzelung des Großgrundbesitzes als der führenden Trägerschicht der Deutschnationalen Partei gar manches gewonnen. Das Agrarierum war nicht mehr eine selbständige gesellschaftliche Klasse, deren Interessen grundlegend abzuweichen von denen aller anderen sozialen Schichten; die wirtschaftliche Funktion des Grundeigentümers, dem industriellen Kapitalisten einen Teil des Mehrwertes als Grundrente strittig zu machen, hatte ihren eigentlichen Wesensgehalt verloren, seit mit der gegenseitigen Durchdringung von Landwirtschaft und Industrie die Aufgabe, die Grundrente einzustreichen, in immer steigendem Maße auf die Gläubiger der Agrarier, Banken und Industrie, übergegangen war und andererseits auch der Großgrundbesitzer als Inhaber von Industrie- und Bankaktien an dem kapitalistischen Unternehmerprofiß beteiligt wurde.

Nicht mehr war die Grundrente die ausschließliche Einkommensquelle des Agrariers, der Profit das Einkommensmonopol des Industriellen. Ueber die Banken fließt als Finanzkapital der zu Kapital gewordene Mehrwert, und die Banken sind es, die ihn als Profit unter die Kapital-eigner verteilen. Zu einem einheitlichen Ganzen verschmelzen die bestehenden Schichten unter der wirtschaftlichen Vorherrschaft des Finanzkapitals, alle nur Vasallen des größeren Herrn. So konnte mit Recht am Vorabend des Rieker Parteitages die Feststellung getroffen werden, der Großgrundbesitz habe als selbständige Klasse aufgehört zu sein, sei zu einem bloßen Anhängel der „einen reaktionären Masse“ geworden. So erschien auch der Bürgerblock als politische Widerspiegelung wirtschaftlichen Geschehens, als notwendiger Ausdruck der gegenseitigen Angleichung der einzelnen Schichten der bestehenden im Schoße der unter der Führung des Finanzkapitals zusammengeschweißten Bourgeoisie.

Daß die Ereignisse des letzten Vierteljahres haben all diese Feststellungen, wie es wohl scheinen mag, zunichte gemacht. Der Bürgerblock auf der politischen Arena ist auseinandergebrochen, die republikanische Tonart haben die Deutschnationalen nachweislich abgelegt, eine „Not der Landwirtschaft“ ist zum Ereignis des Tages geworden, und von Großagariern aufgepeitschte, verbitterte Bauern rebellieren gegen den Staatsapparat des Bürgerblocks. Ist nicht die Krise im Bürgerblock, augenscheinliche Rückwirkung der Krise der Landwirtschaft, ein schlagender Beweis dafür, daß man der sozialen Gestirne Lage nicht richtig gesehen? Kann man denn von einer in ihrer wirtschaftlichen Funktion einheitlichen Kapitalistenklasse sprechen, wenn sich in ihrer Mitte reale wirtschaftliche Gegensätze austun, die zu offenem Kampf führen müssen?

Das aber gerade mußte erst bewiesen werden! Welcher Art sind in der Wirklichkeit die wirtschaftlichen Gegensätze im Bürgerblock, was ist der Grund des vernehmlichen Krisens? Nun, die Krise der Landwirtschaft ist keine Absatzkrise, von einer unverwertbaren Ueberproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen kann nicht die Rede sein, zumal die Zollbarriere den deutschen Landwirt vor dem Niederkon-

Poincaré im Wahlkampf

Eine programmatische Rede in Bordeaux

WTB, Paris, 25. März.

Poincaré hielt heute in Bordeaux die angekündigte politische Rede, die mit einem geschichtlichen Ueberblick über die von ihm im Juli vollzogene Bildung seines Ministeriums der nationalen Einigung begann. Seine Absicht sei es gewesen, das Kabinett unter Einbeziehung der Sozialisten zu bilden, etwa in der Weise, wie in den tragischen Stunden zu Beginn des Krieges, als die Regierung nach Bordeaux übersiedelte. Hinsichtlich der Reparationszahlungen müsse er daran erinnern, daß von 1920 bis Ende 1923 angesichts des beständigen Versagens Deutschlands die Haltung aller französischen Kabinette die gleiche gewesen sei. Briand habe durch die französischen Truppen Düsseldorf und die anderen Städte, die das Ruhrgebiet beherrschten, besetzen lassen und habe sich entschlossen, neue Wänder zu ergreifen und in das Ruhrgebiet einzurücken. Man habe oft behauptet, daß diese Maßnahmen für die französischen Finanzen nachteilig gewesen seien. Sie seien im Gegenteil sehr produktiv gewesen. Denn sie hätten erlaubt, rascher die belgischen Prioritäten zum Erlöschen zu bringen. Sie hätten Frankreich nach Abzug aller Ausgaben sogar eine effektive vom Schatzamt einkassierte Nettoeinnahme von etwa 1½ Milliarden Franken eingebracht. Poincaré sprach alsdann von der Notwendigkeit der republikanischen Verteidigung. Der Ministerpräsident kündigte sodann einige notwendige Reformen an: Bekämpfung der Lage der Landwirtschaft, Besserstellung der Pensionen und Unterstützungen für die Kriegsveteranen, Verbesserung der Ausnutzung der Wasserläufe und der Kohlenfabrikation, Ausbau der Straßen und Wasserwege. Die Militärreform, die man durchgeführt habe, sei notwendig gewesen, da man nicht vergessen dürfe, daß Sicherheitsgarantien in einem noch immer unruhigen Europa auch für die friedfertigsten Nationen eine Pflicht seien. Schließlich betonte Poincaré die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kommunisten und beendete seine Rede mit einem Hinweis auf die äußere Politik Frankreichs. Es gebe in Frankreich niemand, der irgendwelche Absichten habe, über die